

Motion Reto Nause (CVP)/Christian Wasserfallen (JF)/Ueli Stückelberger (GFL) vom 23. Juni 2005: Zur Verwirklichung von E-Government und bürgernaher Verwaltung in Bern; Fristverlängerung

Der Stadtrat hat die vorliegende Motion am 16. Februar 2006 erheblich erklärt:

Der Gemeinderat wird beauftragt, den Behördenverkehr in der Stadt Bern auf die Erbringung umfassender e-Government-Dienstleistungen auszurichten. e-Government-Dienstleistungen sind bürgernah, kostengünstig und rund um die Uhr abrufbar.

Insbesondere muss das Angebot der Stadt folgende Dienstleistungen umfassen:

1. Einfache Bürger-Prozesse sind von A bis Z über das Internet-Portal der Stadt Bern abzuwickeln: Herunterladen und ausfüllen entsprechender Formulare, Bezahlung von Dienstleistungen via Internet, automatisierte Zustellung der gewünschten, rechtsgültigen Dokumente.
2. Insbesondere gilt dies für: Die Bestellung von Parkkarten, Registrierung von Geburten und Hochzeiten, Niederlassungsausweise, Ehefähigkeitsausweise, elektronische Meldung von Fundgegenständen, Erstattung einer Anzeige usw.
3. Bestehende Software-Lösungen in anderen Gemeinden und Städten (z.B. Jona, Baden) sind – allenfalls adaptiert auf die Bedürfnisse Berns – zu implementieren. Auf kostspielige Eigenentwicklungen kann verzichtet werden.

Es wird heute unterschieden zwischen vier Stufen im Bereich des e-Government:

- Auf einer ersten Stufe bieten Internet-Portale der öffentlichen Hand Informationen zum Herunterladen an.
- Auf der zweiten Stufe können amtliche Formulare herunter geladen werden.
- Auf der dritten Stufe können Formulare und Aufträge vollständig elektronisch abgewickelt werden.
- Auf der vierten Stufe schliesslich kann der gesamte Prozess inklusive eines Entscheids und der Abgeltung von Gebühren über das Portal der öffentlichen Hand erfolgen.

Die Stadt Bern bewegt sich heute mit ihrem Angebot noch weitgehend auf der ersten Stufe. Der Gemeinderat wird mit dieser Motion aufgefordert, das städtische Angebot umfassend und schnell auf das vierte Niveau anzuheben.

Bern, 23. Juni 2005

Motion Reto Nause (CVP)/Christian Wasserfallen (JF)/Ueli Stückelberger (GFL), Daniel Lerch, Daniel Kast, Christoph Müller, Hans Peter Aeberhard, Stephan Hügli-Schaad, Conradin Conzetti, Ueli Haudenschild, Jacqueline Gafner Wasem, Sibylle Burger-Bono, Dana Dolores, Anna Coninx, Conradin Conzetti, Barbara Streit-Stettler, Gabriela Bader, Eric Mozsa, Peter Künzler

Bericht des Gemeinderats

Bereits in seinem Bericht auf die Motion im Jahr 2005 hat der Gemeinderat bekräftigt, dass eine bürgernahe Verwaltung und ein bürgernaher Behördenverkehr ein grosses Anliegen darstellt. Auch die Informatikstrategie aus dem Jahr 2003 betont, die Bedeutung der Informations- und Kommunikationstechnik (IKT) für eine zeitgemässe und bürgernahe Verwaltung. Sie hielt deshalb auch fest, dass für die Realisierung eines effizienten und effektiven E-Governments eine Strategie vorliegen muss.

In der Zwischenzeit kann festgestellt werden, dass die modernen Informations- und Kommunikationstechniken und die ständige Verfügbarkeit des Internets die Anforderungen an eine dienstleistungsorientierte Verwaltung grundsätzlich und nachhaltig verändert haben und der Auf- und Ausbau elektronischer Dienstleistungen von staatlichen Institutionen an die Bevölkerung in einer ständigen Entwicklung begriffen ist.

Am 9. Dezember 2009 hat der Gemeinderat dem Stadtrat Antrag auf Fristverlängerung für die Erstattung eines Begründungsberichts zur vorliegenden Richtlinienmotion beantragt. Dies mit der Begründung, dass zunächst die angestrebte städtische E-Government-Strategie zu erstellen sei, bevor die koordinierte flächendeckende Umsetzung des Anliegens an die Hand genommen bzw. im Einzelnen geprüft werden könne. Der Stadtrat hat die Fristverlängerung am 25. November 2010 abgelehnt.

In der Zwischenzeit konnten zwar einige innovative Projekte in der Stadt Bern erfolgreich umgesetzt werden oder diese befinden sich in Umsetzung. Als Beispiele seien hier, zum einen, das Geoinformationssystem zur zentralen Verwaltung der städtischen Geodaten (GIS-Bern), das Projekt zur elektronischen Geschäftsverwaltung inklusive Ratsinformationssystem (GEVERIS) oder das Pilotprojekt eVoting für Auslandschweizerinnen und -schweizer erwähnt, zum anderen innovative Angebote wie beispielsweise das kostenlose App Entsorgung Bern, das über die Abfuhrdaten informiert und die nächste Sammelstelle oder den nächsten Entsorgungshof anzeigt.

Die Entwicklungen im Bereich der IKT führen auch vor Augen, dass die Kompetenzen in diesem Bereich stadintern ausgebaut und professionalisiert werden müssen. So wurde beispielsweise im Stadtarchiv ein Kompetenzzentrum Records Management eingerichtet, das sich spezifisch mit dem ganzen Lebenszyklus von elektronischen Dokumenten und Daten von der Erstellung bis zur elektronischen Langzeitarchivierung beschäftigt und daran ist, entsprechende Standards zu formulieren.

Schliesslich entspricht auch das Portal der Stadt Bern (www.bern.ch), obschon technisch am Ende seines Lebenszyklus, bezüglich seiner inhaltlichen Struktur nach Lebenslagen und Aufbauorganisation sowie der darin gepflegten Inhalte im Wesentlichen nach wie vor einem zeitgemässen Internetauftritt.

Auch wenn diese Beispiele auf einen in einzelnen Bereichen hohen Entwicklungsstand hinweisen, lässt sich dennoch nicht von der Hand weisen, dass die Stadt Bern bezüglich seines allgemeinen E-Government-Angebots keine Vorreiterrolle einnimmt und in diesem Bereich kaum mehr den Anforderungen gerecht wird, die an eine Bundeshauptstadt und ein Politikzentrum gestellt werden.

So liegt der Schwerpunkt des städtischen Portals nach wie vor, wie bereits in der Motion erwähnt, auf einem breiten Informationsangebot. Formularbasierte Transaktionen sind kaum möglich, ineffiziente Medienbrüche die Regel. Massnahmen zum Ausbau der städtischen E-Government-Infrastruktur und des E-Government-Angebots müssen strategisch ausgerichtet sowie möglichst koordiniert und nach nachvollziehbaren Kriterien priorisiert ergriffen werden. Um eine solche Ausrichtung überhaupt vornehmen zu können, bedarf es einer E-Government-Strategie, die abgestimmt ist mit der städtischen Informatikstrategie.

Die Informatikstrategie der Stadt Bern für die Jahre 2013 bis 2016 wird nächstens vom Gemeinderat verabschiedet. Sie enthält auch Aussagen zum Aufbau einer E-Government-Basisinfrastruktur und zur Thematik von Open Government Data (OGD). Der Gemeinderat hat überdies am 28. November 2012 einen revidierten Projektplan der Stadtkanzlei genehmigt, der den Abschluss einer E-Government-Strategie bis Ende April 2013 und die Genehmigung durch den Gemeinderat bis Ende Mai 2013 vorsieht. Die E-Government-Strategie wird sich eng an der Informatikstrategie orientieren und Aussagen zur allgemeinen Stossrichtung, zur E-Government-Governance (Prozesse, Zuständigkeiten), zu priorisierten Vorhaben und deren Finanzierung enthalten. Parallel und im gleichen Zeitraum wird auch eine Analyse vorgenommen zu den Potentialen und Herausforderungen von Open Government Data (OGD; offene Verwaltungsdaten).

In grundsätzlicher Hinsicht ist jedoch darauf hinzuweisen, dass E-Government zu einer Daueraufgabe der öffentlichen Verwaltungen geworden ist. Es wird also nicht möglich sein, einen bestimmten „Endtermin“ für die Einführung oder Ausbreitung von E-Government-Dienstleistungen zu bezeichnen, da sich dieser Bereich ständig weiterentwickeln wird, da laufend neue Anforderungen formuliert, aber auch neue Möglichkeiten eröffnet werden. Zu beachten ist auch, dass der Ressourcenbedarf für Entwicklung, Einführung und Betrieb solcher Dienstleistungen ganz erheblich ist, auch wenn die Stadt Bern nach Möglichkeit auf kostengünstige, gemeinsam entwickelte oder standardisierte Lösungen greifen wird.

Antrag

1. Der Stadtrat nimmt Kenntnis vom Bericht des Gemeinderats zur Motion Reto Nause (CVP) /Christian Wasserfallen (JF)/Ueli Stückelberger (GFL): Zur Verwirklichung von E-Government und bürgernahe Verwaltung in Bern; Fristverlängerung.
2. Er verlängert die Frist zur Erstattung des Begründungsberichts bis 31. Dezember 2013.

Bern, 19. Dezember 2012

Der Gemeinderat